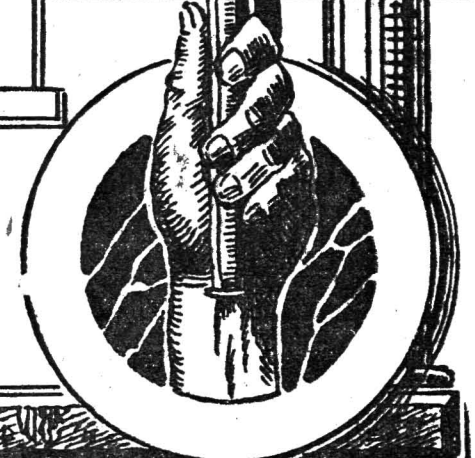


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, 1.

Anzeigen: In Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Pettizeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 28.

Sonnabend, den 15. Juli 1905.

9. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

In folgenden Filialen stehen die Kollegen in Lohnbewegungen: Plauen i. Vogtland.

Konstanz. Die Kollegen der Sandsteinbranche stehen im Streik.

Berlin II. Die Marmorarbeiter stehen in Tarifverhandlungen.

Hannover. Auf dem Plage Falke legten die Kollegen am 4. Juni die Arbeit nieder.

Lichtenberg i. Odenwald. Firma Metz in Großbieberau gesperrt.

Stuttgart II. In der Marmorwarenfabrik Keller stehen unsere Kollegen in einer Lohnbewegung.

München. Die Aussperrung dauert fort.

Landenbach (Bergstraße). Zugang nach hier fernhalten.

Friedberg i. Hessen. Die Plätze Woll und Dam sind gesperrt.

Dresden. Für die Marmorarbeiter ist Zugang fernzuhalten.

Bauzen. Zugang nach Stiebitz bei Bauzen, Bruch Bachmann, ist fernzuhalten.

Zreuen i. Vogtland. Für die Granitarbeiter ist Zugang fernzuhalten.

Mittenberg. Ueber den Wertplatz Keller ist die Sperre verhängt.

Rappelroden und Umgebung. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten.

Elberfeld. Die Gewerkschaft bei der Firma Brecker haben wegen Lohnunterschieden die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Mingelbach-Oberkirch. Wegen Lohnunterschieden ist Zugang fernzuhalten.

Gotha. Die Sandsteinmehren haben Zugang fernzuhalten.

Strasbourg. Der Streik ist beendet.

Wien. Im Stande der Wiener Streikbewegung ist insofern eine Veränderung eingetreten, als bisher bei 24 Firmen mit 125 Arbeitern, Steinmehren, Schleifern und Plazarbeitern, die Forderungen bewilligt wurden. Der Streik dauert unverändert weiter. Die Meister machen alle Anstrengungen, um Arbeiten auswärts herstellen zu lassen.

In der letzten Zeit wurden wiederholt Streiks ohne Genehmigung des Zentral-Vorstandes beschlossen. Wir lehnen jede finanzielle Unterstützung solcher Streiks ab und betonen, daß die Mitglieder den statutarischen Bestimmungen ebenfalls Rechnung zu tragen haben.

Die Waffe Organisation.

In dem Buche Generalstreik und Sozialdemokratie der Genoffin Roland-Goltz wird die hohe Bedeutung und der große Wert der proletarischen Organisation so prächtig geschildert, daß wir den betreffenden Abschnitt hier wiedergeben wollen.

Der Abschnitt lautet:

Die moderne Staatsgewalt ist dem Proletariat an allen materiellen Hilfsmitteln politischer wie wirtschaftlicher Art weit überlegen. Die Tatsache des politischen Streiks kann daran nichts ändern. Ebenföwenig ökonomisch durch Ausbagerung, kann das Proletariat politisch den Gegner überwinden durch Machtentfaltung der gleichen Art, wie der Staat sie anwendet: durch Gewalt.

In einem einzigen Punkt ist das Proletariat der herrschenden Klasse von Haus aus überlegen: an Zahl. Die selbständige Organisation des Proletariats ist die systematische Anwendung dieser Zahl im Klassenkampf. Der politische Streik aber, besonders wenn er mehr wie Demonstration oder Protest, wenn er Pressionsmittel sein will, ist ein äußerstes Ringen zwischen der staatlichen und der proletarischen Organisation.

Staatliche und proletarische Organisation sind aber ganz verschiedene Größen: die erste ist Zwangs-, die zweite freiwillige Organisation. Die Macht der ersten beruht vor

allem auf ihren materiellen Gewaltmitteln; die der zweiten, der diese Mittel fehlen, kann die materielle Uebermacht des Staates nur durch moralische Ueberlegenheit brechen.

Nicht so sehr die physische Uebermacht als die überlegene Organisation des Herrschaftsapparats bildet, wie Kautsky bemerkt, die Grundlage jeder Herrschermacht. Auch bei Organisation desselben Typus, z. B. bei zwei Armeen, ist der große Vorteil zu beobachten, den — sogar bei gleicher Zahl und Bewaffnung — organisatorische Vorzüge verschaffen. Noch viel folgenreicher aber wirkt die Differenz zwischen Organisationen von verschiedenem Typus, wie sie die staatliche Zwangs- und die proletarische, freiwillige Organisation darstellen.

Die moderne, zentralisierte, sich auf Bureaucratie und Militarismus stützende staatliche Organisation verfügt zwar über gewaltigere Herrschaftsmittel wie irgendeine frühere Herrschermacht; in einem wichtigen Punkte aber steht sie bekanntlich hinter diesen zurück. Die Organisation des feudalen und in geringerem Maße auch die des absolutistischen Staates war die Organisation der herrschenden Klassen selbst. Militär, Verwaltung, Rechtswesen waren in ihren Händen. Im bürgerlich-kapitalistischen Staate aber haben die herrschenden Klassen sich den Herrschaftsaufgaben entzogen, um sich ausschließlich dem Erwerb und Genuß widmen zu können. Deshalb ist der bürgerliche Staat weniger eine Organisation der bürgerlichen Klasse wie eine dieser dienende Organisation. Die Elemente, die ihn bilden, sind nicht dieselben, die den Staat beherrschen, sie sind von den kapitalistischen Klassen gekauft, um ihre staatlichen Interessen wahrzunehmen. Sie können ohne jegliche Neigung in den Dienst des Staates übergegangen sein; die einen, die bürokratischen Elemente, um des Erwerbs willen, die anderen, die militärischen, größtenteils durch Zwang gepreßt. Weit entfernt, daß alle diese Diener des Staates sich in gleicher Liebe zu ihm zusammenfinden! Im Gegenteil: unter ihnen gibt es eine Anzahl unzufriedene, oppositionelle Elemente, schlecht bezahlte und rücksichtslos behandelte Angestellte, die um des lieben Brotes willen Jahr für Jahr so manches hinunterschluden und keine Sekunde zögern würden, in der Stunde der Gefahr das sinkende Schiff zu verlassen und zu den aufsteigenden Mächten überzugehen.

Wie anders bei der proletarischen Organisation. In ihr finden sich nur Menschen in gleicher Lage zusammen, mit gleichen Lebensinteressen und Zielen. Freiwillig retten sie in die Organisation ein, sich bewußt, daß sie ihrer bedürfen. Ihre Stärke liegt in der Eingebung und Begeisterung der Massen, in deren Liebe; einen andern Pfeiler hat sie nicht. Gerade deshalb ist sie unzerstörbar. Ihre Form kann zersprengt werden, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aber, die Einheitslichkeit des Willens, kann den Massen nicht genommen werden.

Die Zwangs- — vor allem die militärische — Organisation fällt auseinander, sobald ihre Form zerstört wird. Solange eine geschlagene Armee den Zusammenhalt bewahrt, ist sie imstande, einen geordneten Rückzug anzutreten; werden aber die organisatorischen Einheiten aufgelöst, sind alle Bande zerrissen, ist's mit der Disziplin vorbei: der Rückzug wird eine wilde Flucht. Wie dagegen geschulte proletarische Massen, auch wo die Form der Organisation durch Gewalt zersprengt wird, zu kämpfen wissen, das haben unter anderm die deutschen Arbeiter während des Sozialistengesetzes gezeigt.

Die freiwillige, proletarische Organisation erzeugt ihre eigenen Führer. Sie wählt jene aus ihrer Mitte, die ihr eigenes Denken und Empfinden, ihre Lebensinteressen und Ziele am klarsten zu erfassen und am schärfsten auszusprechen wissen. Solche Menschen erzeugt die Organisation aber immer wieder von neuem: mithin ist ihr kein Führer unentbehrlich; fällt er, so finden sich andre, die an seine Stelle treten. In der Zwangsorganisation aber ist jener der Führer, der am besten zu gebieten, zu herrschen weiß und am besten versteht, die Masse für fremde Zwecke zu gebrauchen. Seine persönlichen Fähigkeiten bestimmen ihr Los. Der große Feldherr, der autoritäre Minister eines autokratischen Staates sind der militärischen oder bürokratischen Organisation unentbehrlich; fallen sie, so kommt alles ins Schwanken, und Unsicherheit und Desorganisation reißen ein.

Aus der Organisation geht hervor, auf der Organisation beruht alle Kraft und alles Selbstgefühl des modernen Proletariats. Sie gibt ihm, was dem Feudaladligen seine Waffen gaben, dem Bourgeois sein Geld gibt: Widerstandvermögen, Stolz und Würde. Ein unorganisiertes Arbeiter

ist das schwächste Geschöpf der Welt; jede Drohung macht ihn zittern; nur zu leicht raubt ihm das Gefühl seiner Abhängigkeit jeden moralischen Halt, macht ihn feig und sklavisch.

Die Organisation besorgt die Selbsterziehung des Proletariats nicht nur für den Klassenkampf, sondern auch für das gesamte gesellschaftliche Leben. In der Organisation lernt es, sich selbst regieren. In ihr lernt jeder einzelne seine kleinen und zufälligen Interessen denen des Ganzen, von dem er ein Stück ist, unterordnen, seine gelegentlichen und zufälligen Ziele dem auch von ihm gewollten großen, allgemeinen Ziele opfern; er lernt mit einem Worte Disziplin.

Die proletarische Disziplin bildet das Gegenstück zur Zwangsdisziplin der militärischen Organisation. Bei dieser muß der Einzelwille geschwächt, gebrochen, bei der proletarischen erzogen werden. Je stärker der Wille, wenn die Einsicht vorhanden ist, desto besser. Die militärische Disziplin hat zum Zweck, jede Regung des Einzelwillens zurückzudrängen, ihn für fremde Zwecke abzurichten, ihm den blinden Gehorsam, ohne Einsicht in die Ziele des Befehlenden, zur Lebensgewohnheit zu machen. Die proletarische Disziplin lehrt den einzelnen, alle die Regungen zurückzudrängen, die das Erreichen des auch von ihm erstrebten Zieles erschweren — um dieses Zieles selbst willen. Sie lehrt ihn, seinem gefesteten vernünftigen Ich zu gehorchen, das inmitten einer sich selbst bestimmenden Vielheit gleichgearteter Menschen selbständiger wird und in seinen selbst-erwählten Führern ein Gegengewicht gegen vorübergehende Anwandlungen seines unvernünftigen Ichs gewinnt. Die militärische Disziplin erniedrigt den Menschen, indem sie ihn für fremde Zwecke abrichtet, Zwecke, die seinen Interessen, seiner Einsicht, seinem Gewissen widerstreben können. Die proletarische Disziplin erhebt ihn, indem sie ihm ermöglicht, gemeinsame Zwecke besser zu fördern. Die militärische Disziplin tötet im Menschen das Verantwortlichkeitsgefühl, die freiwillige, proletarische kräftigt es.

Die freiwillige Disziplin ermöglicht es erst dem Proletariat, den Kampf mit dem ihm an Gewaltmitteln überlegenen Gegner zu führen, fest und ruhig zu bleiben in der Gefahr wie der Soldat in der Schlacht. Sie gibt dem Führer Vertrauen in die Masse, der Masse Vertrauen in den Führer, jedem einzelnen zu seinen Kameraden. Nicht so sehr, um den Kampf aufzunehmen, bedarf das Proletariat der Disziplin sowie der Geübtheit und Schulung, sondern um ihn fortzusetzen; vor allem, um sich nicht vom Gegner erschrecken und betriegen zu lassen. Kampfeslustig erweist sich auch, wenn es einmal erregt ist, das ungeschulte und unorganisierte Proletariat, manchmal sogar in höherem Maße als das geschulte und organisierte, weil es weniger zu verlieren hat; es ist aber in weit geringerer Maße des andauernden Kampfes fähig. Die Masse des unorganisierten Proletariats läßt sich von Stimmungen beherrschen. Ihr Mut wagt auf und ab wie die Wellen: heute stürzt sie sich todesmutig auf einen übermächtigen Gegner, morgen schiebt sie vor einer eingebildeten Gefahr auseinander. Sie erschrickt leicht bei jeder Drohung, wird durch jede Verlockung entwaifnet, jede Aufregung bringt sie in Wut. Anders das disziplinierte, geschulte organisierte Proletariat. Wohl ist es auch den menschlichen Stimmungen der Furcht und Hoffnung zugänglich, aber es läßt sich nicht von ihnen beherrschen, sondern wird ihrer Herr. Auch in der Erregung bewahrt es seine Besonnenheit; die Erfahrung im Kampfe hat es gelehrt, sich ebenföwenig entmutigen wie zum Uebermut hinreißen zu lassen. Nur ein geschultes Proletariat vermag, allen Drohungen, Provokationen und Verlockungen unerschütterliche Entschlossenheit entgegenzustellen.

Um gewahr zu werden, wie unentbehrlich dem Proletariat Kampfesgeübtheit und Disziplin für den politischen Streik sind, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, welche Mittel die politischen Machthaber anwenden können, um die Kämpfenden in Verwirrung zu bringen. Wir haben gesehen, daß die Militärgewalt nicht viel ausrichten kann, das heißt, sie kann, was allein der gesellschaftlichen Spannung und Krise ein Ende machen würde, nicht erreichen: die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Wohl aber kann der Staat den Versuch machen, sie durch Entfaltung all seiner Gewaltmittel einzuschüchtern. Er kann bei den Staats- und Gemeindegewerkschaften Massenverhaftungen vornehmen; er kann die Arbeiter gewaltsam aus ihren Wohnungen werfen, wenn diese Eigentum des Staats, der Gemeinde, der Eisenbahngesellschaften usw. sind; er kann Versammlungsrecht und Bewegungsfreiheit aufheben,

die Führer ins Gefängnis schleppen — mit einem Wort: die Bewegung kopflos machen, in der Hoffnung, einen Wutausbruch zu provozieren. Er kann aber auch mit Mitteln der Ueberredung auf die Arbeiter einwirken, ihnen drohen mit allgemeiner Entlassung, ihnen versprechen, ihre Beschwerden abzustellen, die Ursachen des Kampfes zu beseitigen, sobald nur die Arbeit wieder aufgenommen ist. Er wird falsche Nachrichten von Verrat und Entmutigung verbreiten lassen, von der Aufnahme der Arbeit an andern Orten. Er wird das Lumpenproletariat zur Blindung antreiben und Kravalle anzetteln, um die Bewegung zu diskreditieren und dem Militär einen Vorwand zur Anwendung von Gewalt zu geben. Er wird sich aller bestehenden Institutionen bedienen sowie aller Vorurteile und jedes Aberglaubens, um die Arbeiter vom Kampfe abzuführen: von der Kirche die Streifenden verdammen, von der Presse als Opfer ausländischer Verschwörer hinstellen lassen. Wer sich gegenwärtigen will, welche Laufende Mittel der Grausamkeit und Niedertracht der Staat gegen eine politische Streibewegung in Anwendung bringen wird, denke nur an das schamlose Vorgehen der russischen Regierung seit den Januarkämpfen bis heute — ihre Maßnahmen der brutalsten Grausamkeit bis zur raffiniertesten Schlaubeit sind noch in frischster Erinnerung.

Eine ungeschulte, undisziplinierte Arbeiterschaft, wie begeißelt sie auch den Kampf aufnahm, wird unter diesen Verhältnissen leicht verlagen oder zur Gewalt übergehen. Nur abgehärtete, geübte Kämpfer sind imstande, allem Verrat und aller Brutalität kalte Verachtung entgegenzusetzen, der äußerlichen Mittel der Verdrängung sowie der Führer beraubt, in ungewaltigem Widerstand auszuharren.

Eins ist die Organisation des Proletariats; ein andres das Bewußtsein, der Geist, der dieses beseelt und auch die unorganisierte Masse beeinflusst. Auch an diesen Geist stellt der politische Massenstreik die höchsten Ansprüche. Das Proletariat muß von klarem Klassenbewußtsein erfüllt, das heißt sozialdemokratisch erzogen sein. Es muß sich in seinen Anschauungen und Gewohnheiten immer die Möglichkeit eines plötzlichen Umschlags vor Augen halten, den entscheidende Kämpfe herausbeschwören, und entschlossen sein, in einem solchen Falle seine äußersten Kräfte gegen die Machtmittel der herrschenden Klassen einzusetzen. Es muß in allen Alltagskämpfen und bei aller Alltagsarbeit das Bewußtsein seiner großen Kulturmission, den stolzen Willen, die Gesellschaft umzuwälzen, wach und lebendig erhalten haben. Nur die Sozialdemokratie stellt dem Proletariat diese großen Ziele, diese erhabenen Ideale vor Augen. Die Massenerziehung, die sie ihm gibt, bildet zudem die beste Schutzwehr gegen die Schwächen, die Hohheit, die Maßlosigkeit und den Uebermut, die in der Masse auftauchen, wenn sie auf einmal unvermittelt aus der Unterdrückung und Knechtung zur Souveränität und Herrschaft gelangt.

Zu der neuesten Attacke auf die Arbeiter.

Es ist auffallend, daß seit einiger Zeit in kurzen Zwischenräumen immer wieder Mitteilungen über die zu erwartende Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes behufs Beseitigung des — einfach erlogenen sozialdemokratischen Mißbrauchs der Krankenkassen von der arbeitfeindlichen Presse gebracht werden. Daß dies geschieht, um die Arbeiter zu warnen, ist ausgeschlossen. Es soll vielmehr durch derartige Notizen die öffentliche Meinung auf die von unseren Gegnern erhoffte Entredung der Arbeiter in den Krankenkassen vorbereitet und eine derartige Reform zu etwas Selbstverständlichem gestempelt werden, damit es dereinst als eine ganz besonders große Arbeiterfreundlichkeit gepriesen werden kann, wenn die Krankenversicherung nicht ganz und gar den Unternehmern ausgeliefert wird, wie es seit jeher mit der Unfallversicherung der Fall ist, sondern die Krankenkassen „nur“ nach dem Muster der Invalidenversicherung der Oberbormundschaft der allwissenden Bureaufratie unterstellt werden. Hierbei rechnen die Herren darauf, daß auch die Arbeiter die jetzigen Reibereien zwischen den Krankenkassen auf der einen Seite und den Ärzten und Behörden auf der andern Seite als keine Annehmlichkeiten empfinden und daß sie sich deshalb leicht mit der angekündigten „Verbesserung“ befreunden können. Unsere Aufgabe muß es daher sein, unter den Arbeitern die nötige Klarheit über den Segen der bürokratischen Verwaltung in den Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung zu schaffen.

Das beste Material hierzu liefern uns die Berichte der Arbeiter-Sekretäre. Aus denselben ergibt sich zunächst, daß die Erledigung der Rentenanträge bei gewissen Landesversicherungsanstalten in der Regel außerordentlich lange Zeit in Anspruch nimmt. Acht Wochen und auch mehr, heißt es hierüber in dem Bericht des Arbeiter-Sekretariats Bremen, vergehen, bis den Antragstellern schließlich der Bescheid zugestellt wird. Es wäre doch wohl möglich, die Anträge schneller als bisher zu erledigen, was bei den wirtschaftlichen Verhältnissen der Antragsteller und der Art ihrer Krankheit dringend wünschenswert ist.

Und nun die Leistungen der Invaliden-Vericherungsanstalten. Das Arbeitersekretariat Bremerhaben beschwert sich darüber, daß noch so viele Versicherte, welche der Pflege in den Genesungshäusern bedürftig sind, mit ihrem Gesuch um Aufnahme in eine solche Anstalt wegen Platzmangel abgewiesen werden müssen. Wenn aber wirklich ein Kranker in einer solchen Anstalt untergebracht ist, und es sich darum handelt, ob seiner Familie als Unterstützung das volle Krankengeld gewährt werden, oder die Versicherungsanstalt einen Teil davon für sich beanspruchen sollte, dann werden, wie der Geraer Bericht hervorhebt, peinliche Untersuchungen angestellt darüber, braucht die Familie das volle Krankengeld auch wirklich? Schließlich wird die Unterstützung oft aus unverständlichen Gründen abgelehnt. Ebenso berichtet das Arbeiter-Sekretariat Bremen: Klagen werden laut über die Bemessung der Angehörigen-Unterstützung bei Uebernahme des Heilverfahrens.

Eine Muster-Anstalt in dieser Beziehung ist die für Sachsen-Anhalt. Bevor sie sich über das Gesuch eines Versicherten um Uebernahme des Heilverfahrens schlüssig macht, verlangt sie Auskunft über ein ganzes Bündel von Fragen. Darunter befinden sich auch die folgenden Fragen: „Mit Antragsteller bestraft? Von welchem Gericht? Wegen welcher Vergehen?“ Ferner wird Auskunft verlangt über „die Persönlichkeit, den Ruf, die Lebensführung des Antragstellers“. Was in aller Welt, bemerkt dazu durchaus berechtigt der Bericht für Halle a. S., hat eine eventuelle

Vorfraße mit der Uebernahme des Heilverfahrens zu tun? Ob der Antragsteller vorbestraft ist, geht die Versicherungsanstalt gar nichts an; ebensowenig, ob ein Versicherter nach Meinung eines Beamten einen „guten Ruf“ hat oder nicht. Die Ansprüche der Versicherten werden nicht begründet durch den Ruf der Antragsteller, sondern durch die Beitragsleistung.

Außerdem verlangt die Anstalt aber auch noch darüber Auskunft, ob der Antragsteller für den Fall der Entsendung in eine Lungenheilstätte oder in einen Kurort die erforderlichen Kleidungsstücke hat oder sie beschaffen kann. Und in den „Grundfragen“, welche die Anstalt als maßgebend für die Uebernahme des Heilverfahrens festgelegt hat, sagt sie hierüber: „Die Versicherungsanstalt kann zur Beschaffung fehlender Bekleidungsstücke Mittel nicht zur Verfügung stellen. Wenn die Kranken die Sachen nicht besitzen, oder sie aus eigenen Mitteln sowie mit Hilfe von Verwandten, gemeinnützigen Vereinen, des Arbeitgebers usw. nicht beschaffen können, wird der zuständige Gemeinde- (Ortsarmen-) Verband angegangen werden müssen.“ Laßt sie — betteln gehn, wenn sie die nötigen Kleider nicht haben: so sorgt diese Versicherungsanstalt für die Versicherten.

Auch der Berliner Bericht teilt einen charakteristischen Fall mit. Ein Arbeiter, welcher die Invalidenrente erhielt, nahm den, ihm von der Versicherungsanstalt gemachten Vorschlag an, sich in der Zigarrenmacherei auszubilden. Die Versicherungsanstalt wies ihn darauf zur Erlernung der Zigarrenmacherei dem „Korrekthaus“ (Besserungsanstalt) in St. ein. Der Arbeiter, der das Jöhl eines solchen Instituts nicht kannte, begab sich ahnungslos dorthin, wo ihm freilich bald ein — Licht aufging. Mit den Gefangenen mußte er gemeinsam in den Arbeitsjalen arbeiten, mit jenen auch die Kost und gleiche Behandlung und wiederum den gemeinsamen Schlafsaal teilen. Seine Vorstellungen, daß er nicht als Gefangener, als „Korrekthausinsasse“ zu betrachten sei, wurden unbeachtet gelassen. Nach etwa zwei Monaten wurde ihm endlich auf seinen Antrag ein Urlaub gewährt. Er teilte dann der Landesversicherungsanstalt mit, daß er nicht wieder in jenes „Institut“ zurückkehren wollte und verlangte wieder seine Rente. Dem wurde ohne weiteres stattgegeben, jedoch mußte er für den Aufenthalt in jener Anstalt die Unterhaltungskosten tragen.

Die bittersten Klagen werden berichtet mit Bezug auf die ablehnende Haltung vieler Versicherungsanstalten gegenüber den Anträgen auf Bewilligung der Invalidenrenten. Es werden viele Fälle angeführt, in denen es in der Tat einfach unbegreiflich ist, wie die Versicherungsanstalten bezw. deren Vertrauensärzte die verlangte Rente verweigern konnten. Wir wollen uns mit der Wiedergabe des folgenden Beispiels aus dem Bericht des Arbeitersekretariats Weissen begnügen. Dem Arbeiter S. wurde die Bewilligung einer Rente auf das Gutachten eines Vertrauensarztes hin abgelehnt, weil er noch zu 50 Prozent erwerbsfähig sein sollte. Gegen den ablehnenden Bescheid wurde Berufung eingelegt. In der Berufungsschrift führt S. an, daß er infolge Rheumatis musleidens, ständiger Kreuzschmerzen und Schlaflosigkeit nicht mehr die Arbeit eines Straßentehrsers (seine letzte Beschäftigung) verrichten könne. Ueberdies sei es nicht richtig, seine Erwerbsfähigkeit nach der letzten Arbeitsleistung abzuschätzen, da er infolge zunehmender Invalidität von der früheren, besser lohnenden Arbeit zu dieser leichteren Beschäftigung übergegangen sei. Diese Angaben wurden durch eine Bescheinigung des Weissen Stadtbauamts und ein ärztliches Gutachten erhärtet. Das Schiedsgericht ordnete zum Zwecke der Beobachtung die Unterbringung des S. in eine Dresdner Diakonissenanstalt an. Nach siebenwöchigem Aufenthalt in dieser Anstalt verstarb S. auf dem Heimtransport.

Solche Fälle lassen es begreiflich erscheinen, daß z. B. das Arbeitersekretariat Pforzheim das Verhalten der Versicherungsanstalten als nicht viel besser einschätzt wie das Verhalten der Berufsgenossenschaften. Zumeist, heißt es dann in diesem Bericht weiter, hatten wir mit Klagen über Rentenentziehung zu tun. Im Dezember ist ein wahrer Sturzregen von Rentenentziehung über die Invalidenrentenempfänger von Pforzheim und Umgegend niedergegangen. Das dürfte weiter nicht verwundern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt unter dem 26. Oktober 1903 ein — auch in diesem Blatte seinerzeit mitgeteiltes — Rundschreiben an die Bezirksämter ergangen ließ, das aufforderte, den Invalidenrentengesuchen noch schärfer als bisher entgegenzutreten. In gleicher Weise ist auch in andern Bezirken vorgegangen worden. So hat am Schlusse des vorigen Jahres eine Ausschussung der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein in Kiel stattgefunden, in welcher dem Altonaer Bericht zufolge Landrat Dr. Scheiff aus Pinneberg empfahl, „daß auf eine tunlichst sorgfältige ärztliche Untersuchung der Rentenanwärter und auf eine möglichst objektive Begutachtung seitens der Herren Ärzte hinzuwirken sei.“ Darauf versprach der Vorsitzende des Vorstandes die gegebenen Anregungen, die teils schon im Vorstand erörtert worden seien, weiter in Erwägung zu ziehen, da ein fast unausgesetztes Anwachsen der Zahl der Rentenempfänger erfolge. Wie nach dieser Methode verfahren wird, das zeigen die Berichte aus Breslau und Magdeburg. Um die Steigerung der Zahl der Invalidenrentner zu erforschen, war z. B. im letzten Bezirk eine Kommission tätig. Die Rentner wurden vor die Kommission geladen und dort vom Kreisarzt untersucht und zwar so, daß am 2. März in vier Stunden mehr als 100 Rentenempfänger von dem einen Arzt behandelt wurden und 33 dieser armen Leute ihre Rente verloren. Dabei kamen Fälle von solcher Art vor, daß sich die Tagespresse — und nicht nur die sozialdemokratische — dagegen auflehnte.

Solche Erfahrungen müssen die Arbeiter dazu treiben, sich mit allen Kräften dagegen zu wehren, daß die Krankenkassen nach diesem Muster ver—bessert werden.

Die Verhältnisse in der Berliner Marmorbranche.

Die ca. 400 Arbeiter, die in der Berliner Marmorbranche beschäftigt werden, verteilen sich auf ungefähr 40 Betriebe. Die genaue Zahl der Betriebe läßt sich wegen des Vorkommens von Zwergebetrieben, in denen der Inhaber oftmals Hauer und Schleifer gleichzeitig ist, kaum feststellen. Vorherrschend wird Möbelarbeit hergestellt, nur 3 Betriebe

beschäftigen sich ausschließlich mit der Anfertigung von Bauarbeit. Gearbeitet wird fast durchgehends im Afford, und zwar auf der Grundlage eines Tarifs, der im Jahre 1903 mit den Unternehmern auf dem Gemeinbergericht für die Dauer von zwei Jahren festgelegt wurde. Der Stundenlohn beträgt für Hauer in der Werkstatt 65, auf dem Bau 70 Pfg., für Schleifer 45 und 50 Pfg. bei 9stündiger Arbeitszeit. Zieht man eine Parallele zwischen der Steigerung der Affordpreise und des Stundenlohns während der letzten zehn Jahre, so ergibt sich die überraschende Tatsache, daß wohl der Stundenlohn um 30 Prozent gestiegen ist, während die Affordpreise noch immer auf der gleichen Höhe resp. Tiefe stehen; ja, daß sogar einzelne Positionen sich verschlechtert haben. Da nun, wie bereits bemerkt, fast durchweg im Afford gearbeitet wird, so stehen die Marmorarbeiter Berlins in bezug auf den Verdienst noch immer auf derselben Stufe wie vor zehn Jahren, trotzdem die Lebenshaltung sich während dieser Zeit bedeutend verteuert hat.

Diese nicht megazureitende Tatsache hat wenigstens den einen erfreulichen Vorteil im Gefolge gehabt, daß während der letzten zwei Jahre die Zahl der organisierten Marmorarbeiter sich im Durchschnitt auf 270 stellt. Das sind ca. 70 Prozent. An sich, für die Stadt der Intelligenz, gerade nicht hervorragend; aber zieht man in Betracht, daß sich am Ort einige in Kollegentreifen als Schleiferfabriken heraufene Betriebe befinden, so immerhin achtenswert. In vorgenannten Betrieben sucht man so viel Leute als möglich zum Schleifen anzulernen, zu dem menschenfreundlichen Zweck, sie nach Kräften auszubilden.

Wie raffiniert diese artigen Fabrikanten dabei verfahren, soll in folgendem gezeigt werden. Die Arbeit wird willkürlich in gute Arbeit und Pusch I, II und III eingeteilt. Die Vieblinge bekommen nun ihre Arbeit als gut oder Pusch I eingetragen und dementsprechend höher bezahlt, als die Mißbeliebten, die für die gleiche Arbeit Pusch II und III eingetragen bekommen. Eine herrliche Einrichtung, es fehlt bloß noch die Krute, mit der am Sonnabend ausgezahlt wird. Lernen die so dreifach Betrogenen endlich den wahren Wert ihrer Arbeitskraft erkennen, so wird ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt und der nämliche Vorgang wiederholt sich. Wenn nun auch ein großer Teil der so fabrizierten Schleifer nicht im Beruf bleibt, weil in besseren Betrieben denn doch etwas mehr verlangt wird, so ist der Zugang immer noch größer, als die Abnahme durch Uebertraten in andre Berufe und Todesfälle. Durch diesen ganzen Prozeß ist nun einerseits eine Zunahme überschüssiger Arbeitskräfte zu verzeichnen, andererseits wird durch diese billigen, wenn auch minderwertigen Elemente eine Schmutzfunktion begünstigt, wie sie größer nicht gedacht werden kann. Eine Besserung dieser Uebelstände, die ja mehr oder minder in jeder Gewerkschaft vorhanden sind, ist von der Erstarkung der Hilfsarbeiter-Verbände zu erhoffen, da gewerkschaftlich aufgeklärte Arbeiter auch beim Uebertraten in andre Berufe den Wert ihrer Arbeitskraft besser schätzen können, als Indifferente. Zu allem kommt noch eine ständige Zunahme von Arbeitsmaschinen. Zu den bisher vorhandenen Dreh-, Hobel- und Schleifmaschinen, hat sich in letzter Zeit die Karborundumscheibe gesellt, wodurch wir wieder einen Schritt weiter in der Teilarbeit gelangt sind. An einer solchen Schauerscheibe leistet ein ungelerner Arbeiter nach einigen Tagen mehr als ein geübter Hauer. Besonders auffällig ist diese Mehrleistung bei den bunten Steinarten, die wegen ihrer Ungleichmäßigkeit und Härte bedeutend mehr Zeit für den Hauer beanspruchen. Diese Verhältnisse haben in der Marmorarbeiterschaft Berlins den Wunsch nach allgemeinem Tagelohn dringender werden lassen. Da der Berliner Tarif am 1. September abläuft, so werden in nächster Zeit Tarifverhandlungen beginnen. Laßt die Kollegenschaft es nicht an der nötigen Straffheit fehlen, so wird etwas Ersprießliches dabei herauspringen. Aber auch nur in diesem Fall! Jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, Indifferente von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich zu organisieren.

Bis auf weiteres ist Berlin von reisenden Marmorarbeitern zu meiden. Etwa doch Zureisende haben sich beim Vorsitzenden Artur Junk, Kirdorf, Zietenstraße 61, abends nach 6 zu melden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Verschiedenen Zahlstellen gingen Fragebogen zu, welche uns vom Reichs-Statistischen Amt überwiesen wurden. Die in Frage kommenden Orte haben diese Bogen unverzüglich zu beantworten und an den Zentralvorstand einzusenden.

Mit den statistischen Fragebogen haben wir an die Vertrauensleute auch ein allgemeines Zirkular versandt. Wo aus Versehen dieses nicht beilag, ist dasselbe hier sofort zu reklamieren.

Alle Geldsendungen sind zukünftig nur an den Kassierer Ludwig Geist zu richten.

Korrespondenzen.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Augsburg. Bericht über die am Sonntag, den 2. Juli, stattgefundene Steinarbeiterversammlung der Zahlstelle Augsburg. Bei Punkt 1 wurden die Beiträge einbezahlt, 2 Neuaufnahmen gemacht und das Protokoll verlesen. Bei Punkt 2 gab der Vorsitzende den Gewerkschaftsbericht. Bei Punkt 3 wurde beschlossen, die 10 Mk. für Agitation, die wir aus der Gaukasse gut haben, den Münchner Kollegen als Streikunterstützung zu überweisen und aus unserer Extrakasse noch 20 Mk. dazu zu steuern. Hierauf kam das Tun und Treiben der hiesigen Steinmetzmeisterinnung zur Sprache. Auf das Betreiben einiger Innungsmeister wurde eine Arbeit, die vor 2 Jahren ein hiesiger Meister mit 2300 Mk. veranschlagte, neuer mit einem Mindestgebot von 3191.24 Mk. submittiert. Der Magistrat witterte einen Ring der Meister, fand dies beständig und läßt jetzt die Arbeit aus Kunststein machen. Nun gab man in einem Zeitungsartikel den Gehilfen die Schuld; als hätten wir durch „unbefehobene“ Lohnforderungen die Innung zur Preistreiberei gezwungen und stellten außerdem noch unwahre und unrichtige Behauptungen über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf, die wir ebenfalls in einem Artikel widerlegten und richtigstellten. Wir hatten damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Auf Einladung der Meister kamen wir mit diesen am 20. Juni im Café Maximilian zusammen, um den von der Handwerkerkammer vorgeschriebenen Gehilfenauschuss zu wählen. Die Wahl erfolgte mittels Stimmzettel und durften nur Steinmetzgehilfen wählen und gewählt werden, die bei Innungsmeistern in Arbeit stehen.

Gewählt wurden als Mitglieder M. Ruprecht, 1. Mitglied
Wiedemann, 2. Mitglied F. Nijfel, als 1. Ersatzmann Sebastian
Wagner, 2. Ersatzmann Bernh. Fischer. Nach der Wahl kam
Obermeister Sch. auf unsern Zeitungsaufsatz zu sprechen und
jammerte, daß er jetzt als Richter vor dem Bauamt dasthe.
Vielleicht merkt er sich, daß wir nicht dazu da sind, der Innung
aus der Patz die helfen, in die sie sich selbst hineingearbeitet
hat. Es entspann sich dann eine lebhafte Debatte, in der die
Meister manches Wort zu hören bekamen, welches ihnen nicht
sonderlich behagte; hauptsächlich dann, als Obermeister Sch.
uns verübete, daß kein Kollege bei einem Innungsmeister
Arbeit bekommt, der zuvor bei einem Nichtinnungsmeister oder
Kunststeinfabrikanten in Arbeit stand. „Das letztere natürlich
nicht, um den Gehilfen wehe zu tun; sondern „nur“ um den
Kunststein „mit allen Mitteln“ zu bekämpfen.“

Am Sonnabend, den 1. Juli, nun wurde unser Vorsitzender,
der bei Sch. in Arbeit stand, unter dem Vorwand, es sei keine
Arbeit mehr da — trotz des Gegenteils — entlassen bezw. bei
einem anderen Meister untergebracht, um so allmählich „still-
gelegt“ zu werden; dasselbe geschah — zur besseren Markierung
— mit noch einem andern Kollegen, „um sie gleich wieder bei
der Hand zu haben, wenn er sie wieder benötigt“. Mäßig ent-
deckte er sein gutes Herz und riet unsern Vorsitzenden, wir
müßten eine Kommission an die Behörden senden, damit die
Steinmeharbeiten am neuen Postamt hier gemacht würden.
Also man mühte uns zu, bei den Behörden für die Meister um
Arbeit zu betteln! Es sei ja an der Arbeit nicht viel zu ver-
dienen, man wolle nur Arbeit haben für die Gehilfen. In der
nun folgenden lebhaften Diskussion wurde von mehreren Kol-
legen betont, daß vermutet werden muß, daß sich in unserer
Mitte ein ganz gemeines Subjekt befindet, nämlich ein Aescl-
träger. Wir müßten hier an dieser Stelle vor derartigen Schuf-
tigkeiten warnen, denn es ist nichts so fein gesponnen, es kommt
doch an die Sonnen!

Nach einigen ermahnen Worten schloß der Vorsitzende die
gut besuchte Versammlung.

Brudmühl. Am 2. Juli d. J. fand eine sehr gut besuchte
Steinarbeiterversammlung in Thurmeiers Gasthause in Brud-
mühl statt. Es referierte unser neuer Gauleiter Kollege Joseph
Linf aus München über: Die Bestrebungen der Arbeiterorgani-
sationen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Aus-
spernung der Kollegen in München. Die Ausführungen wurden
mit großem Beifall aufgenommen und bewiesen, daß nur durch
eine stramme und leistungsfähige Organisation eine Verbesse-
rung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden
kann. Ueber die Ausspernung der Münchener Kollegen wurde
das Verhalten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber auf das
schärfste gerügt. Vor zwei Jahren sagte Kommerzienrat Zwifler,
es sollen sich nur alle organisieren, da dadurch die misstrauen-
Submissionsblüten ihr Ende erreichen können, heute nehmen die
Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber einen andern Stand-
punkt ein, denn sie wollen ihnen ihr schwer errungenes Recht
entziehen und Sklaven züchten. Ihr Hauptaugenmerk richten sie dar-
auf, die Organisation zu sprengen, was ihnen durch das taktvolle
Verhalten unsrer Kollegen aber nicht gelingen wird.

Am 8. Juli wurden wir vom Gauleiter erwartet davon
verständigt, daß Kollege Alois Staudinger uns auf der Durch-
reise besuchte. Zu diesem Zwecke wurde sogleich eine öffentliche
Steinarbeiterversammlung angekündigt und die Vorarbeiten
dazu veranstaltet. Die Versammlung war überaus gut besucht.
Kollege Staudinger sprach über den Klassenkampf der Arbeiter in
sehr ausführlicher, beinahe zweistündiger Rede, wofür uns unsere
Kollegen mit größtem Beifall belohnten. In beiden Versamm-
lungen wurden neue Mitglieder gewonnen.

Diedenhofen. Am 4. Juli, abends 8½ Uhr, fand hieselbst
eine Privatarbeiterversammlung der Steinarbeiter statt. Anwesend
waren aus Meß der Verbandsvorsitzende Feuerbach und Kollege
Boortmann. Letzterer hatte das Referat über Zweck und Nutzen
der Organisation übernommen. Er führte aus, daß wenn man, wie
es hier der Fall sei, eine Ortsverwaltung gründe, wo der größte
Teil der organisierten Kollegen erst seit kurzer Zeit der Gewerks-
schaft angehört, man sehr vorsichtig sein müsse, da es gewöhnlich
an der nötigen Kraft dazu fehlt und auch öfters Maßregelungen
dadurch entstehen. Zunächst sollen sich die Kollegen, die sich in
der Organisation zusammen gefunden haben, öfters in einem
Lokal einfinden und über den Inhalt des Statuts sowie über die
Arbeitsverhältnisse auf ihren Arbeitsstätten diskutieren. Weiter
mögen die Kollegen unter sich einen Vertrauensmann wählen, der
die Verbandsgeschäfte, wie Einkassieren der Beiträge, Austragen
der Verbandszeitung und sonstige schriftliche Arbeiten, die durch
die Organisation nötig sind, erledigen muß. Nach verschiedenen
andern Anregungen, was alles zum Ausbau einer Organisation
nötig sei, gab Kollege Boortmann. Der Beifall der anwesenden
Kollegen bewies, daß sie mit den Ausführungen einverstanden
waren. Es liegt nun an den Kollegen selbst, dafür zu sorgen, daß
der Ausbau der Organisation ein Emporblühen zeitigt. Darum
auf, Kollegen, zeigt, daß Ihr nicht mehr gleichgültig die Hände

in den Schoß legt, sondern tüchtige Agitatoren für die Befreiung
der unterdrückten Arbeiterklasse werden wollt.

Freiburg in Baden. Am Montag, den 8. Juli, fand hier eine
leider schwach besuchte Versammlung statt, wozu der Zentralleiter
Starke erschienen war. Kollege Starke schilderte die Zustände in
Strasbourg, welche die dortigen Kollegen in den Streik trieben.
Bei einigermaßen gutem Willen der Unternehmer wäre die Sache
schon beigelegt. Ebenfalls kommt er auf die leider mißglückten
Streiks von Mülhausen und Kolmar zu sprechen, zu denen die Zu-
stimmung seitens der Zentralleitung verweigert werden mußte,
weil dieselben ohne Beachtung des Statuts in Szene gesetzt
wurden. In solchen Fällen sollte Disziplin gewahrt werden, wenn
Ersprießliches erreicht werden soll. Auf dem Kölner Gewerks-
chaftskongress, über den Starke ebenfalls berichtet, sei die er-
freuliche Tatsache zu verzeichnen gewesen, daß 1¼ Millionen orga-
nisierte Arbeiter vertreten waren, deren Gesamtvermögen sich auf
16 Millionen Mark beziffere. Es sei dies ein Aufschwung, wie
ihn vor zehn Jahren selbst die größten Optimisten nicht er-
warteten. Das riesige Anwachsen der Gewerkschaften veranlasse
auch die Unternehmer, ihre Taktik zu ändern, indem sie bei
Streiks und Lohnbewegungen mit Ausspernungen auf der ganzen
Linie antworteten. Auf diese Weise sollen die Klassen schneller
erschöpft werden und die Gewerkschaften entweder gesprengt oder
finanziell doch lahmgelegt werden, damit die Unternehmer auf
eine Reihe von Jahren Ruhe hätten. Es müsse deshalb der letzte
Mann herangeholt werden zur gewerkschaftlichen Organisation
und auch die Genossenschaftsbewegung immer weiter ausgebaut
werden in Arbeiterkreisen. Wenn diese zur Eigenproduktion auf
allen Gebieten übergehen könne, wäre ein großer Schritt vorwärts
getan. Die Maifeier, glaubt Redner, könne ganz gut weiter-
bestehen, ohne der Bewegung Schaden zu tun. In unserm Ver-
eufe seien es bis jetzt nur die Chemnitzer Unternehmer gewesen,
welche vor zwei Jahren an den feiernden Kollegen ihr Mütchen
kühlten, indem sie dieselben einige Zeit aussperrten. Der Gener-
alstreiksidee legt Redner auch nicht die Bedeutung bei, welche
von vielen in dieselbe gesetzt wird. Man dürfe in die Gewerks-
chaften das Vertrauen setzen, daß in jeder Lage auch das ge-
eignete Gegenmittel gefunden wird. Die Anwesenden erklärten
sich mit den Ausführungen des Kollegen Starke einverstanden.
Den Worten des Referenten zu entnehmen war auch, daß an den
derzeitigen Zuständen im Gau vor der nächsten Generalversamm-
lung nicht viel zu ändern sein wird, sondern der 11. Gau bis dorthin
in dieser Weise weiter vegetieren wird.

Zum Schluß möchte ich noch auf den Bericht in Nr. 25 von
Mülhausen zurückkommen. Die zartbesaiteten Mülhäuser Kri-
tiker dürften mindestens zuerst Selbstkritik üben. Wenn sie sich
getroffen fühlen, ist es nicht meine Schuld, denn ein jeder objektiv
denkende Konferenzbesucher wird die gleichen Wahrnehmungen
gemacht haben. Mülhausen könnte, analog den gut entwickelten
Parteiorganisations am Orte, die Führung im ganzen Gau
haben. Bei städtischen Bauten müssen doch die Mülhäuser Kol-
legen zuerst Berücksichtigung finden, dafür würde das Stadt-
parlament sorgen, welches über die Hälfte aus Sozialdemokraten
besteht und ein solcher Rückhalt ist sonst in keiner andern
deutschen Großstadt zu finden. Öffentlich gefunden die Verhält-
nisse der Zahlstelle Mülhausen jetzt auch wieder, da Kollege Starke
dem Wunsch der Mülhäuser Rechnung getragen hat und bei
ihnen angehebt ist. Es ist zu wünschen, daß es baldigst geschieht
im Interesse der Steinarbeiterbewegung im ganzen Gau. J. D.

Kirchheim. Am Sonntag, den 2. Juli, tagte in Kleinrinder-
feld im Lokale des Herrn Scheuermann eine Steinarbeiterver-
sammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte unser
Gauleiter, Kollege Mittenmeier, über Tarifverträge. Er führte
u. a. aus, daß wie überall, so auch im Maintal und Unterfranken
das industrielle Großkapital in den ländlichen Bezirken sein
Domizil aufschlug und daß die Kleingewerbetreibenden und
Kleinbauern immer mehr unter dem Druck der Großindustrie
zu Proletariern degradiert würden, sei klar. Speziell in der
Steinindustrie sei es eine interessante Tatsache, daß Leute, welche
noch vor 20—30 Jahren selbst Arbeiter waren, sich heute zu
Großkapitalisten emporgeschwungen hätten; natürlich auf die
wenig ehrenhafte Weise, daß die billigen Arbeitskräfte grenzen-
los ausgebeutet würden. Nachdem Redner die Schattenseite des
wilden Affords und die Vorteile eines geregelten Arbeitsver-
trags, letzteres wäre sogar von berühmten Männern und auch
staatlichen Autoritäten anerkannt und empfohlen, in glänzender
Weise besprochen hatte, ermahnte er die Versammlung, mit allem
Eifer dafür zu agitieren, daß auch endlich einmal im Kalkfein-
gebiet geregelte und menschliche Verhältnisse eintreten. Denn
je kürzer die Arbeitszeit, je besser die Arbeitskraft und desto
höher der Lohn, und daher auch eine bessere und menschen-
würdigere Erhaltung der Familie. Dieses zu erreichen sei die
heilige Pflicht und Ehre eines jeden Arbeiters. Langanhaltender
Beifall der Versammelten ließ erkennen, daß Kollege Mitten-
meier in seiner zweistündigen Rede den anwesenden Kollegen
aus dem Herzen gesprochen hatte. Der erste Vorsitzende, Kollege
Werner, sprach noch recht anregend auf die Kollegen ein und
ermahnte sie, stets fest für unsre gerechte Sache einzutreten, dann

würde auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir bessere Zu-
stände zu verzeichnen hätten. Es wurden dann ferner von den
verschiedenen Kollegen noch die Mißstände auf den Werkplätzen
von A. Schilling in der richtigen Weise beleuchtet. Ferner
wurde beschlossen, in nächster Zeit eine kombinierte Versammlung
abzuhalten, um die Lage der hiesigen Steinarbeiter im all-
gemeinen zu besprechen. Daß die Zentralleitung vor einigen
Monaten in der Wahl eines besoldeten Gauleiters das richtige
getroffen, beweisen am besten die Fortschritte, welche hier ge-
macht wurden. Mit dem Vertrauen, welches ihm entgegengebracht
wird, und seinem unermüdbaren Agitationseifer, wird es Kol-
legen Mittenmeier bald gelingen, hier menschenwürdige Ver-
hältnisse zu schaffen. — Dies könnte sich ein gewisser Zweifler
S. in dem schönen Spreewalden zur gef. Notiz nehmen.

Leipzig. Am 6. Juli fand hier eine gut besuchte Ver-
sammlung statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß sich bei der
Durchsicht des ihm vom Obermeister zugesandten neuen Tarifs
wiederum frische Mängel herausgestellt haben. Es hat hierauf
nochmals eine Unterredung mit dem Herrn Obermeister Laug
und zwei Mitgliedern unsrer Kommission stattgefunden. Der
Obermeister wollte, daß die Mängel zusammengefaßt und dem
neuen Tarif später als Anhang beigelegt werden sollten. Hierauf
gingen die Kollegen aber nicht ein. Die Versammlung nahm nach
lebhafter Debatte folgenden Antrag einstimmig an: „Die An-
wesenden erklären, den Tarif der Innung in seiner jetzigen
Beschaffenheit nicht anzuerkennen.“ Es wird hierauf seitens der
Kommissionsmitglieder Aufklärung über die Berechnung ein-
zelner Werksstücke gegeben. Da wir noch keinen Tarif in Händen
haben, sollen von jedem Platz zwei Mann gewählt werden, welche,
um Klarheit zu schaffen, an einem Tage gemeinschaftlich im Be-
rechnen der Stücke unterrichtet werden.

Meß. Am Sonntag, den 9. Juli, vormittags 9 Uhr, fand im
Saale des Herrn Wilmann, Karlstraße 4, eine gut besuchte
Steinarbeiterversammlung statt. Nachdem der Schriftführer das
Protokoll verlesen hatte, kamen wir zum Punkt 2 der Tages-
ordnung: Neuwahl eines Kassierers. Gewählt wurde Kollege
Rühn. Zu Punkt 3 wurde Kollege Wegmershausen als Schrift-
führer einstimmig gewählt. Unter Punkt 4 verlas der Kassierer
Kunad die Quartalsabrechnung, welche von den Revisoren für
richtig befunden wurde, wofür ihm seitens der Kollegen die
größte Anerkennung ausgesprochen wurde. Nachdem referierte
Kollege Kersten über: Wie stellen sich die Kollegen zur Anstellung
eines Beamten? Alle anwesenden Kollegen waren sehr zufrieden
mit dem Referat. Zum letzten Punkt: Aufnahme neuer Mit-
glieder, wurden acht Kollegen aufgenommen.

Mühlhausen (Thüringen). Die am 4. Juli hier im Gewerks-
chaftshause stattgefundene Monatsversammlung hatte sich eines
guten Besuchs zu erfreuen. Im Artellbericht gibt der Dele-
gierte bekannt, daß in der Gewerkschaftsherberge noch manches
zu wünschen übrig bleibe seitens der Besitzer. Beim zweiten
Punkt, Quartalsabrechnung, erklärten die Revisoren, alles in
Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Decharge er-
teilt wurde. Ein Antrag einer früheren Versammlung, monach
die Spartaflagge der Ortskasse auf drei Mann überschrieben
werden sollen, ist bei der Spartaflagge so geregelt, daß bei Entnahme
von Geldern drei Mann zugegen sein müssen. Sodann ging man
zur Mauerfrage, Steinmeharbeiten betr., über. Dieselbe sollte
dahin geregelt werden, daß Maurer, welche Steinmeh-
arbeiten verrichten, auch denselben Lohn beanspruchen sollen.
Da aber auf öftere Anregung unsrerseits hin noch keine Ver-
änderung eintrat, wurden der Vorstand und vier Mann beauftragt,
die Sache zu regeln. Des weiteren wurde ein Brief unseres
Gauleiters verlesen, monach derselbe Familienverhältnisse halber
sein Amt am 1. Juli niederlegt und demzufolge Neuwahl eines
Gauleiters vorzunehmen sei. Die Redner betonten, die Sache
an Erfurt zurückzuverweisen, da dort doch mehr Arbeitsgelegen-
heit, während wir es hier sozusagen mit einem Plage zu tun
haben und bei etwaiger Arbeitslosigkeit kaum Kollegen am Orte
seien. Erfurt solle als Gauort bleiben. Im Verschiedenen ging
ein Antrag ein, ein Sommervergnügen abzuhalten. Hierüber
konnte man sich insofern nicht einigen, ob man ein öffentliches
oder ein geschlossenes Vergnügen abhalten soll. Nach längeren
Beratungen entschloß man sich für ein geschlossenes. Die Vor-
arbeiten hierzu wurden dem Vorstand und einer Kommission
von fünf Mann überlassen.

München. Am 24. Juni tagte im Restaurant Müllerbad eine
gutbesuchte Steinarbeiterversammlung, in der Dr. Albrecht einen
einstündigen Vortrag über die gegenwärtigen Kämpfe der Ar-
beiterklasse hielt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall auf-
genommen. Da keine Diskussion stattfand, ging man zum fol-
genden Punkt der Tagesordnung: Interne Verbandsangelegen-
heiten, über. Nach kurzer Diskussion schloß der 1. Vorsitzende
Gast um 12½ Uhr die Versammlung.

Am 29. Juni nachmittags 3 Uhr tagte wiederum und zwar
im Restaurant zur Laube eine sehr gutbesuchte Versammlung, in
der auch viele Frauen der Aussperrten anwesend waren. Auf
der Tagesordnung stand nur ein Punkt: Die gegenwärtigen

Die Kirche und die Judenschlächtereien des Mittelalters.*

Als die christliche Religion Staatsreligion geworden
war, und die Machthaber ihre Eroberungspolitik mit dem
weiten Mantel des Christentums deckten, war die kirchliche
Gesetzgebung dazu gekommen, alles und jedes Zinsen-
nehmen zu verbieten. Die Kirche konnte dies, denn rings
um sie herrschte die Naturalwirtschaft. Der Handel war
in den Stürmen der Völkerwanderung fast völlig erloschen.
Wo er sich kümmerlich erhalten hatte, waren in der Haupt-
sache die Mönche, neben ihnen die Juden, seine Träger.
Es entsprach in jener Zeit den Interessen der Kirche, wenn
sie sich gegen das Zinsnehmen wandte. Sie tat es mit Nach-
druck und Zuversichtlichkeit, indem sie als Glaubenssatz auf-
stellte, widerrechtlich und sündlich sei es, die Nutzung frem-
den Kapitals zu vergüten.

Aber die Völker blieben nicht bei der Naturalwirtschaft
stehen. Aus den Niederlassungen und die Burgen, Kirchen,
Klöster, an den Flüssen und an den Kreuzungen der Heer-
straßen entwickelten sich die Städte, aus der Arbeitsteilung
auf den Fronhöfen das zunftmäßige Gewerbe. Der Han-
del keimte wieder empor. Es wurde nicht mehr Ware gegen
Ware, sondern Ware gegen Geld getauscht. Der Handel
hatte das Kreditgeben und das Zinsnehmen zur Voraus-
setzung. So wogte und brandete denn die aufgekommene
Geldwirtschaft über die primitiven, in den Zeiten der
Naturalwirtschaft entstandenen ökonomischen Gesetze der
Kirche hinaus. Aber inmitten dieses Entwicklungsprozesses
von der Natural- zur Geldwirtschaft fühlte sich die Kirche
in der Autorität ihrer Lehren angegriffen und in ihrer
Existenz bedroht. Sie wendete das kirchliche Zinsverbot
nur um so schärfer an; aber das wirtschaftliche Leben spottete
all der Verbote, der Predigten, des Streites, und es ist der
größte Hohn auf das kirchliche Zinsverbot, daß schließlich
nicht bloß Könige und Fürsten, sondern auch Bischöfe und
Päpste borgen mußten.

Die Art, wie die Kirche versuchte, sich gewalttätig gegen

eine notwendige Entwicklung zu stemmen, inmitten der
Geldwirtschaft an den Gesetzen der Naturalwirtschaft fest-
zuhalten, brachte Elend und Unglück über große Teile des
Volks. Dabei verhinderte das Zinsverbot nicht den Wucher,
es beförderte ihn im Gegenteil und es wurde eine der Ur-
sachen der gräßlichen Judenschlachten des Mittelalters.

Die von der Kirche als die Mörder des Begründers der
christlichen Lehren tief gehaßten Juden standen außerhalb
der Christenheit. Von den ersten Zeiten des Christentums
an sind sie namentlich von dem niederen Klerus auf das
heftigste verfolgt worden. Gerade diese klerikale Undulds-
samkeit trug viel dazu bei, zu verhindern, daß sich die
Juden mit der übrigen Bevölkerung vermischten. In der
Umgebung der Klöster, den Zentren der Kultur in den
ersten Zeiten des Mittelalters, duldete man sie nicht oder
nicht lange. So wurde es ihnen unmöglich gemacht, sich
dem Ackerbau oder später dem Gewerbe zu widmen. Form-
lich gezwungen, sich durch den Handel zu ernähren, wurden
sie dessen ausdauernde Förderer. Außerhalb der Christen-
heit stehend, standen die Juden auch außerhalb des kano-
nischen Zinsverbots. Sie konnten Zins nehmen und Geld-
geschäfte treiben und taten es auch.

Die ganze herrschende Klasse des Mittelalters machte
sich Judenhaß und Judenbegünstigung zunutze. Das kano-
nische Zinsverbot war dazu die Ursache. Es brachte die
Juden in eine privilegierte Ausnahmestellung, der aber,
gerade weil das Zinsnehmen als Sünde galt, Haß und
Verachtung anhaftete. Je mehr die Naturalwirtschaft sich
zur Geldwirtschaft entwickelte, desto hemmender und
drückender wurde das kirchliche Zinsverbot, desto öfter mußte
der Christ den Juden als Gelddarleher in Anspruch neh-
men. Die Juden wurden das unentbehrliche Bindeglied
zwischen Produktion und Handel, die Kapitalbesitzer, die
Wucherer.

Vom Papst bis zum niedersten Christen nutzte der ganze
Klerus die Lage der Dinge aus. Und Fürsten und Städte
machten es dem Klerus nach. Hatte der Jude vor dem
Christen das Privileg des Zinsnehmens, also des Wuchers
in der Sprache der Kirche, so mochte er dafür bezahlen.
Die Judenschuld wurden eingeleitet. Sie waren die
Zinseszinsen vom Wucher der Juden! Dabei wucherte auch
der Klerus weiter! So lagte zum Beispiel 829 der Bischof

von Worms in einem Briefe über die hohen Zinsen, welche
die Kleriker als Darlehen von Armen fordern.

Das Judenregal war eine überaus einträgliche Geld-
quelle des Kaisers. Aber es war nur eine von den vielen
Belastungen der Juden. Die Städte erhoben für die Zul-
dung der Juden von diesen hohe Steuern, daneben ließen
sie für die Befreiung von Wach- und andern Diensten
bezahlen. Bei Aufführung neuer Stadtmauern wurden die
Juden geschöpft. 1386 hieß es im Nürnberger Stadt-
haushalt: „recepta von der juden wegen 46 216 Pfg.“;
1387: „17 806 Pfg.“ Noch ergiebiger aber für ihre weite
Tasche nutzte die Kirche die Juden. Für die Päpste war
der Judenschuldner geradezu eine Notwendigkeit. Die Christen
jüdischer Geldleiher war noch der einzige Grund, der den
völligen Zusammenbruch des kanonischen Zinsverbots
hinausschob. Deshalb, und weil sie selbst von den Juden
Gelder erhielten, machten die Päpste immer wieder den
Juden für ihre Geldgeschäfte mit den frommen Gläubigen
eine Hintertüre auf. So beispielsweise Papst Inno-
cenz VIII., der durch eine Bulle dem Rat der Stadt Frank-
furt a. M. hieß, den Juden Häuser zu geben, und gestattete,
daß sie auf Zinsen liehen. Der Erzbischof von Mainz ent-
wickelte 1255 in scholastischer Spitzfindigkeit: dem Christen
sei Wucher verboten, Wucher (d. h. Zinsgeschäfte) müssen
getrieben werden, also müssen die Nichtchristen wuchern,
denen Wucher keine oder kaum eine Sünde sei. Der „Lohen-
spiegel“ sagt „von juden und andern ungläubigen“: „Die
Kirche will sy in dieser Sünde belassen, so haben sy umb
den Wucher kein conscienz.“ Ja, die frommen Herren der
Kirche machten selbst allerlei Geldgeschäfte mit den Juden.
So verpfändete 1291 der Erzbischof in Erfurt den Juden
gar die ganzen Gerichtsgefälle, und es galt dies nicht als
etwas Außergewöhnliches. Dabei wußte die Kirche ihre
Schutzjuden auch wieder gründlich zu schröpfen. Mäßig
wurde dekretiert, daß den Schuldnern ihre Judenschulden
in Gnaden erlassen seien. So hatte das Papsttum zur Zeit
der Kreuzzüge und um die hungrigen Schnappsäcke des
Adels „unter das Kreuzzeichen zu bringen, den Kreuz-
fahrern u. a. auch den Nachlaß ihrer Judenschulden“ als
Lochmittel verprochen. Gelfe, was helfen mag: Jud
hinaus, Jud herein, wie's der jeweiligen Politik gerade
besser rentierte.

(Schluß folgt.)

* Aus „Wider die Pfaffenherrschaft“.

wirtschaftlichen Kämpfe. Frau Greifenberg aus Augsburg hielt hierüber einen 1½ stündigen Vortrag. In der Diskussion war rege Beteiligung und schlossen sich Genosse Kriemier und Michl vom Schneiderverband mit kurzen Worten den Ausführungen der Referentin an.

Oberdorf. In der am 2. Juli hier stattgefundenen Versammlung hielt zunächst Gauleiter Wagner ein Referat über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Wagner führte darin aus, wie das sogenannte Koalitionsrecht bloß auf dem Papier stehe und trotzdem sei das Unternehmertum im Bunde mit den Behörden fortwährend dabei, dasselbe zu schmälern. An mehreren Beispielen wurde nachgewiesen, wie schwer diejenigen Arbeiter bestraft werden, welche sich kleine Vergehen gegen sogenannte Arbeitswillige zu schulden kommen ließen. Dabei aber gehen Arbeitgeber, welche Tausende von Arbeitern auspressen und von den berüchtigten schwarzen Listen den ausgiebigsten Gebrauch machen, straflos aus. Im zweiten Punkt wurde über die Erhebung eines Gaubetrags beraten und wurde beschlossen, pro Marke 1 Pfg. abzuführen, wie das hier im Gau allgemein üblich ist. Des weiteren wurden die schlechten Lohnverhältnisse im Bruch besprochen. Es wird im Afford gebrochen. Da nun aber Material und Felsen nicht gleichmäßig sind, so ist auch der Verdienst sehr verschieden. Auch wurde angeregt, die Löhne der anzuerkennenden Steinbrecher denjenigen der ausgeleiteten mehr anzupassen. Die meisten Kollegen waren der Ansicht, daß Affordsystem abzuschaffen und Tagelohn einzuführen. Es wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern gewählt, welche in diesem Punkte mit der Firma verhandeln soll. Nachdem Kollege Wagener in seinem Schlusswort seine Freude ausgesprochen hatte über das vollzogene Erscheinen, trotzdem im Orte gleichzeitig ein bürgerliches Turnfest stattfand, und die Kollegen ermahnt hatte, fernerhin fest zusammen zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Offenbach a. M. Am Mittwoch, den 28. Juni, tagte in Bürgel eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung. Den streikenden Weißbindern wurde nachträglich noch ein Betrag bewilligt, weiter wurde zwei kranken Kollegen eine Unterstützungsrate von 10 Mk. zugesprochen. Eine lebhafte Debatte entspann sich dann über zwei unorganisierte Arbeiter, die im vorigen Jahre ausgeschlossen wurden. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, gegen ein nicht zu billiges Verfahren der Firma Gustav Lang u. Co. bezüglich der Bundesratsverordnungen an geeigneter Stelle vorstellig zu werden. Ein Zwischenmeister von Sachsenhausen hat von der Firma Arbeit übernommen und läßt derselbe die Steine auf der Baustelle Ecke Moltkestraße und Schäferstraße bearbeiten, wobei jedoch von Bundesratsvorschriften nichts zu verspüren ist. Es ist höchste Zeit, daß sich die Gewerbeinspektion oder die Polizei um diese Sache kümmern. Die Abrechnung vom Stiftungsfest wurde gegeben und für richtig befunden. Die Anregung, ob mit dem Verband der Gärtner ein Sommerfest gemeinschaftlich abgehalten werden solle, wurde der nächsten Versammlung zur Erledigung überwiesen. Es wurde den Kollegen sodann ans Herz gelegt, die Lohnstatistiken gewissenhaft auszufüllen und am 1. Juli abzuliefern, damit diesmal ein brauchbares Material zusammengestellt werden kann.

Niesau. Am 5. Juli tagte im Restaurant zum Bergkeller unsere Monatsversammlung. Die Abrechnung vom 2. Quartal, welche vom Kassierer verlesen ward, wurde für richtig befunden und demselben Decharge erteilt. Da der erste Vorsitzende sein Amt umständehalber niederlegte, wurde Kollege K. Franke an dessen Stelle gewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Klammann gewählt. Im weiteren gab die Tarifkommission Bericht über die gepflogenen Unterhandlungen mit den Arbeitgebern. Danach wurden unsere sämtlichen Forderungen, dieselben bestanden in Aufbesserung verschiedener Punkte des Tarifs, bewilligt. Nur stellten die Arbeitgeber die Forderung, als Ablaufstermin des Tarifs nicht wie bisher den 1. Juli, sondern den 1. April festzusetzen. Es entspann sich darüber eine lebhafte Debatte, und es wurde beschlossen, den 1. Juli als Termin zu behalten. Es wurde der Tarifkommission anheimgegeben, danach zu unterhandeln.

Scharfoldsdorf. Am 2. Juli tagte im Lokale des Herrn Brennecke zu Heinrichshagen eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, zu der unser Gauleiter R. Maus aus Bremen erschienen war. Er referierte über Tuberkulose und die Berufskrankheit der Steinarbeiter. Referent sprach sein Bedauern aus, daß trotz der schlechten Verhältnisse, die hier existieren, die Kollegen es nicht für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen. Daß den unorganisierten Kollegen von Scharfoldsdorf und Umgegend die nötige Disziplin noch fehlt, geht schon klar daraus hervor, daß sie sich von den Zwischenmeistern aufs gröblichste bemogeln lassen, wogegen hier in einem Betriebe, wo die Organisation besteht, bedeutend höhere Löhne herrschen. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß die Bundesratsverordnung nicht eingehalten würde, woran die Kollegen selbst die Schuld tragen. In einigen Brüchen werden noch 10—11 Stunden gearbeitet und der Schutz muß von den Steinmeßern weggeschafft werden. Am Schluß forderte Kollege Maus die organisierten Steinmeßer auf, ihre Pflicht zu tun, damit in unserer Umgegend die Organisation immer mehr Platz greift, so daß wir auch einmal daran denken können, unsere Lage zu verbessern, was nur durch eine stramme Organisation geschehen kann.

Schlettstadt. Am 2. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in der auch unser Zentralvorsitzender erschien. Nach Verlesung des Protokolls wurde Kollege Starke das Wort erteilt. Derselbe schilderte in sachlicher Weise den Zweck und Nutzen unserer Organisation. Von den Kollegen wurde der Vortrag mit Beifall aufgenommen und sie erklärten, nur einer freien Gewerkschaft angehören zu wollen.

Stadtprozelten. Am 8. Juli fand im Gasthaus zum Anker eine öffentliche Steinarbeiter- und Quartalsversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Zweck und Nutzen der Organisation; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende und andre Kollegen referierten über Zweck und Nutzen der Organisation. Dann ließen sich mehrere Kollegen aufnehmen, so daß jetzt die Zahlstelle ganz ist, bis auf zwei Mann, welche noch fern stehen. Im Punkt Verschiedenes wurden die Mißstände auf den Werkplätzen besprochen, welche jetzt beseitigt werden sollen. Auf verschiedenen Werkplätzen bleibt noch viel zu wünschen übrig. Wir sind jetzt 27 Mann, welche die Plünke nicht mehr ins Korn werfen, sondern darauf bedacht sein werden, die Organisation hoch zu halten.

Wir bitten wiederholt, die Versammlungsberichte recht deutlich zu schreiben. Die Schriftzeilen sind 1½ Zentimeter weit auseinanderzuhalten, um die Korrekturen anbringen zu können. Ebenfalls möge man in den Berichten die Tagesordnung weglassen. Weiter müssen wir darauf verweisen, daß alle Berichte den Stempel der Zahlstelle tragen müssen, wenn dieselben Aufnahme finden sollen; bei der Abfassung derselben sei man objektiv und schreibe nur das, was streng der Wahrheit entspricht.

Rundschau.

Bei einer Bautenkontrolle, die der Zweigverein Berlin des Zentralverbandes der deutschen Maurer letzthin vornahm und die 1582 Bauten mit insgesamt 1247 Polierern, 12 594 Maurern und 1778 Lehrlingen umfaßte, wurde festgestellt, daß auf 1417 Bauten die tarifmäßige Arbeitszeit von 9 Stunden durchgeführt wurde. Den tarifmäßigen Lohn von 78 Pfg. pro Stunde erhielten 7211 Maurer, über den tarifmäßigen Lohn wurden 1881 Maurer entlohnt, ein kleiner Bruchteil arbeitete unter den tarifmäßigen Sätzen. Die Bauten waren auf 1251 Bauten in Ordnung, auf 114 nicht und auf 18 fehlten sie ganz. Aborte fehlten auf 30 Bauten, auf 1199 waren sie in Ordnung, auf 154 Bauten nicht. Diese Bautenkontrollen, die in gewissen Zwischenräumen wiederholt werden müssen, haben sich hertzlich bewährt und zeigen am besten, wo es fehlt und der Hebel zur Besserung anzusetzen ist.

Der Kongress der englischen Trade Unions wird sich in diesem Jahre mit der Neuwahl eines Sekretärs für das parlamentarische Komitee zu beschäftigen haben; Sam Wouds hat eine Wiederwahl definitiv abgelehnt. Drei Kandidaten kommen für diesen wichtigen Posten in Frage: Stanley von den Bergarbeitern, Seadman von den Zimmerern und Ben Tillet von den Dockern. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem verschiedene Anträge betreffend die Fabrikinspektion, das Trudhsystem und der Achtstundentag für die Bergarbeiter. Die Führer der Gasarbeiter William Thorne und Pete Curran, beide Sozialisten, bringen eine Resolution zugunsten der Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel ein; ferner fordern sie die Verweilung der Schule und die öffentliche Kontrolle über den Unterricht in allen Lehranstalten.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands. Nachdem der Kampf zwischen den organisierten Zigarettenarbeitern und Arbeiterinnen Dresdens und den dortigen Zigarettenfabrikanten durch eine Vereinbarung der Vertreter der beiderseitigen Organisationen seinen Abschluß gefunden hat, ersuchen wir die organisierte Arbeiterschaft, die Sammlungen für die Dresdner Zigarettenarbeiter einzustellen. Alle noch nicht abgeordneten und eventuell noch eingehenden Sammelgelder sind baldigst, entsprechend dem Beschlusse des Gewerkschaftskongresses, an die Generalkommission einzuliefern und zwar nur an die Adresse des Kassierers H. Kube, Engelauer 15, Berlin 80, 16.

Ueber alle eingehenden Beträge wird im Korrespondenzblatt quittiert.
Berlin, 6. Juli 1905.
Mit Gruß
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Gerichtliches.

Beim Hamburger Marmorarbeiterstreik mußten verschiedene Kollegen mit der Anklagebank des Schöffengerichts Bekanntschaft machen. Im freien — Hamburg macht man mit den Streikenden kurzen Prozeß; alles muß geschlichtet werden, so will es Göttin Justitia. Und so stand am 6. Juli wieder ein Streikführer in der Person des Marmorarbeiters C. vor dem Schöffengericht. Er war wegen Beleidigung und versuchter Nötigung angeklagt. Er traf in der Steinstraße mit dem arbeitswilligen Marmorarbeiter Stapelfeld zusammen. Dieser hat sich für den Streik zunächst sehr begeistert, ist auch dafür eingetreten, hat mitgestreikt und Streikunterstützung eingeheimst. Dann ist er abtrünnig geworden. Daß C. deshalb nicht gut auf ihn zu sprechen war, ist zu verstehen. Er machte ihm Vorwürfe und nannte ihn in der Erregung „Lausejunge“. C. ging dann noch eine Strecke mit ihm weiter und soll dann einem andern Arbeitswilligen gedroht haben, falls er die Arbeit nicht einstelle, solle er Prügel haben. Auch dem Stapelfeld soll er vorher Prügel in Aussicht gestellt haben, doch will dieser die Drohung nicht ernstlich aufgefaßt haben. Der andre Arbeitswillige will aber die angeblische Drohung für ernst gehalten haben. C. wurde wegen der geschilderten Vorgänge angeklagt. Er bestritt heute ganz entschieden, daß er gedroht habe, wogegen die Arbeitswilligen dieses behaupteten. Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Herz, beantragte, zur Klärung der Sache einen Kollegen des Angeklagten, der dabei gewesen sei, zu vernehmen. Wegen dieses Antrags entstand eine ernstliche Kontroverse zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger. Er wurde dann auch abgelehnt. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beleidigung 20 Mk. Geldstrafe event. 4 Tage Gefängnis und wegen versuchter Nötigung 3 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger hielt für die zugestandene Beleidigung eine geringe Geldstrafe am Platze und war der Meinung, daß im übrigen Freisprechung erfolgen müsse. Erfannt wurde auf eine Geldstrafe von 4 Mk. event. 1 Tag Gefängnis und auf 3 Tage Gefängnis.

Litterarisches.

Der Wahre Jacob hat soeben die 14. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder im Klub der Waffensmörder und Die verkehrte Welt. Ferner enthält die Nummer eine Wiedergabe des berühmten Gemäldes von A. v. Koffat Der 18. April 1861 in Warschau. Das Bild wird jetzt um so größerem Interesse begegnen, als im Verlaufe der sich gegenwärtig abspielenden russischen Revolution kaum ein Tag vergeht, an dem sich nicht ähnliche brutale Szenen der Niedermetzelung russischer Untertanen durch verwilderte Kosakenabteilungen ereignen. In dem die Wiedergabe des Bildes begleitenden Artikel werden die politischen Zustände jener Zeit, aus welcher der Maler die Anregung zu seinem Kunstwerk entnahm, lebendig geschildert. Des weiteren erwähnen wir die Illustrationen: Die konstitutionellen Bestrebungen Nikolaus II., Im Fiebern Leopold, Legal und Illegal, Berliner Leben im Nachtkaffee, Die guten Nachbarn und Russische Großfürsten. Der textliche Teil enthält die Gedichte Der Zehnmillionenfonds, Der neue Curtius, Die heilige Flasche, Vision, Deutschland voran, Und am Abend wird es Licht werden von Anton Fendrich, sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons Verkauf-Anzeige und Prompte Justiz. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Mitteilung der Expedition.

Wiederholt wurde schon darauf verwiesen, Nachbestellungen für den Steinarbeiter längstens bis Dienstag abend der jeweiligen Woche zu melden. Leider gehen dieselben meistens erst am Mittwoch oder Donnerstag hier ein, wenn die Vorarbeiten der Expedition schon beendet und das Blatt schließlich verpackt ist. Wo die Nachbestellung verspätet eingeht, wird die Mehrlieferung der Blätter immer bis zur nächsten Woche zurückgestellt, denn durch die Bequemlichkeit vieler Kollegen muß mit der Expedition immer von neuem begonnen werden. Auf eventuelle Reklamationen werden wir gar nichts erwidern, denn wer seine Nachbestellung frühzeitig hier meldet, erhält auch die gewünschte Anzahl von Zeitungen. Den italienischen Kollegen, welche Verbandsmitglieder sind, wird bei alle 14 Tage erscheinende L'Operaio Italiano ebenfalls obligatorisch geliefert. Es gewinnt den Anschein, als wären für diese Zeitung noch nicht alle Bestellungen eingegangen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Geismar. Ersuche sämtliche Vertrauensleute, mir die Adressen der Steinarbeiter Fritz Elzenberger, Kapvar Bühl und Franz Döberitz mitzutellen. **Georg Durland,** Vorsitzender.

Adressen-Änderungen.

Neundorf I. Vorsitzender: Franz Sarfert, Göpitz, Grenzstraße 8.
Geier. Vorsitzender: Karl Feldmeier.
Niesau. Vorsitzender: Karl Franke, Parkstraße 21.
Meh. Kassierer: Joseph Kuhn, Gotsdinerstraße 1.
Hasserode. Kassierer: Gerlach, Amtsfeldstraße 5.
Reichen. Kassierer: Georg Steininger, Kalfberg 1, II.

Offenbach a. M. Vorsitzender: Hans Stoizinger, Karlstraße 22.

Hamburg (Gau Würzburg, neue Zahlstelle). Vorsitzender: Leopold Breuning, Koppenhofgasse 9. Kassierer: Michael Krügel.

Schnaitheim (Gau Stuttgart, neue Zahlstelle). Vorsitzender: Christian Dauber, Rathheimer Str. 31. Kassierer: Christoph Budenhofer, Berichtenstraße.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 3. bis mit 8. Juli 1905.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)

Leipzig, Ins. 0,80; Straßhund, B. 6.—; Neundorf I, B. 150.—, E. 0,50, Ers. 0,25, D. 42,75, Z. 88,50; Kassel, B. 100.—; Ottenhöfen, B. 96.—; Birges, B. 32.—, D. 0,50, St. 1,50, H. 2,50, Br. 1.—, F. 0,50; Ohrenfurt, D. 5.—, Z. 10.—, Ins. 2.—; Striegau, Ins. 15.—; Edel, B. 5,30; Verben, B. 4,15; Guffow, B. 3,50; Guben 2,80; Meh. B. 9,60; Kirn, B. 0,80; Oldenburg, B. 96.—; Breslau, B. 234,80; Geyer, B. 56.—, Ins. 2.—; Hoof, B. 128.—; Tangernünde, B. 10,15; Böhmed. B. 5,60; Wurzen, B. 5,50; Nowawes, B. 2,85; Bergen, B. 2,50; Ahim, B. 2.—; Mühlhausen i. Thür. (Düring), Ins. 1,20; Baberborn, B. 0,90; Apolda, D. 0,25; Ulm, B. 128.—, E. 5.—, Z. 25.—; Würzburg, B. 42.—, E. 10,50, D. 3,75, Z. 3.—; Rothenburg o. T., B. 56; Konstanz, B. 106,96, E. 5.—, D. 10,50, Z. 17,50, Ers. 0,50, Ins. 1,20; Hamburg II, B. 160.—; Potsdam, B. 64.—; Mannheim, B. 14,08, E. 12,50, D. 13,75, Z. 30.—; Oberstein, B. 29,20, E. 4.—, D. 2,50, Z. 7.—; Goffel, B. 5,70; Jever, B. 4,75; Leipzig (Bauer), B. 4,75; Danzig, B. 32,32, E. 1.—, D. 4.—, Z. 8.—; Karlsruhe, B. 160.—, E. 20.—, Z. 25.—; Bremen II, B. 160.—; Stuttgart I, B. 140.—; Magdeburg, B. 126,40; Meißner II, B. 112.—; Ludwigshafen, B. 84.—, Ins. 2.—; Heibingsfeld, B. 28.—, E. 7,50, D. 1,75, Z. 3.—; Seiffenhennersdorf, B. 3.—; Berlin I, B. 413,80, Ins. 11,40; St. Johann, ? 94.—; Gerolzhofen, B. 37,92, E. 9,50, D. 1,75, Z. 0,50; Wernburg, B. 4,75; Dresden, B. 3066,25, E. 50.—, D. 100.—, Z. 400.—, Ers. 25, Ins. 6,90; Blauen, B. 102.—, Z. 35.—, Ins. 1,60; Gera, B. 69,76, E. 1.—, D. 3.—, Z. 7,50; Lößjün, B. 50,68, E. 0,50, Z. 0,50; Stadtprozelten, ? 13,68; Rome, B. 3,20; Heide, B. 2,20; Schleiz, B. 3,35.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Frankfurt a. M. So kann ich den Artikel nicht aufnehmen, da fest es nicht Wochen, sondern Monate. — **M. R.** Sehr gut geschrieben. — **Hamburg.** Vielleicht nächstes Mal.

Anzeigen.

10 bis 12 tüchtige Steinmeßer
auf Kalksteinarbeit finden dauernde Beschäftigung.
Freyburger Kalksteinwerk
Emil Rottig
Freyburg a. d. Unstrut.

Steinarbeiter von Berlin und Umgeg.
Sonabend, den 22. Juli
Sommerfest
in der
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48
bestehend in
großem Konzert, Theater-Vorstellung
Festball.
Anfang 2 Uhr. Ende ???
Die Kaffeetische steht den werten Damen zur Verfügung.
Kollegen und Freunde von nah und fern werden hierzu freundlichst eingeladen. Das Komitee.

Hobelbandstahl in vorzüglichster Qualität
Harte Steinbauerbleistifte
echt Rehbachsches Fabrikat
Steinhauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material
empfiehlt zu billigsten Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Unserm Kollegen und Revisor **Emil Stoerkel** nebst seiner holden **Braut** zu ihrem **Hochzeitsfeste** ein donnerndes Hoch! **Zahlstelle Schlettstadt.**

Unserm Kollegen **Franz Dickmann** nebst seiner holden **Braut** ein dreifach donnerndes Hoch zu ihrem **Hochzeitsfeste**.
1,40 Mk.] **Die Kollegen von Münster i. Westf.**

Todes-Anzeige.
Am 24. Juni starb unser Kollege, der Steinmeß **Georg Stumpf** im 42. Lebensjahre an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
1,30 Mk.] **Zahlstelle Bunzlan.**
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.